

Die Biowissenschaftler hatten viele Fragen an den Ökonomen: Warum wird in Österreich nur etwa ein Fünftel der Forschungsmittel für Grundlagenforschung ausgegeben? Wieso sprechen Politiker oft davon, wie wichtig ihnen die Unterstützung der Wissenschaft ist, aber in der tatsächlich umgesetzten Politik spielt das eine meist untergeordnete Rolle? Ist die Anmeldung von Patenten ein Innovationsmotor oder sollte man mehr auf den „Open Source“-Gedanken setzen, um den Austausch von Information zu erleichtern? Sind die Universitäten überhaupt mit ausreichend Ressourcen ausgestattet, um Patente anzumelden und durchzukämpfen?

Christian Keuschnigg, Professor für Nationalökonomie der Universität St. Gallen war Gastvortragender auf der diesjährigen Jahrestagung der ÖGMBT (der Dachgesellschaft aller österreichischen Molekularbiologen, Biochemiker und Biotechnologen in Wissenschaft und Industrie). Er beantwortete die Fragen aus der Perspektive eines Wirtschaftswissenschaftlers mit klarem wirtschaftspolitischen Standpunkt: Das österreichische Innovationssystem ist gut aufgestellt, aber es gibt auch deutliche Schwächen. Um zu den in einschlägigen Rankings an der Spitze liegenden Nationen (etwa den skandinavischen Ländern, den Benelux-Staa-

Christian Keuschnigg im Gespräch

Wissenschaft als Investment

Der Ökonom Christian Keuschnigg war einer der Vortragenden der diesjährigen ÖGMBT-Tagung. Wir sprachen mit ihm über Stärken und Schwächen des österreichischen Innovationssystems.

Von Georg Sachs

ten oder der Schweiz) vorzustoßen, müsse an einigen Stellschrauben gedreht werden: bei der Grundlagenforschung, im Patentrecht, bei der Gründungsdynamik, bei der Verfügbarkeit von Kapital.

Im Gespräch mit dem Chemiereport weist Keuschnigg auf eine immer wieder bemerkte Diskrepanz hin: Die Forschungsquote ist mit 3,19 Prozent des BIP eine der höchsten in Europa. Dennoch bleibt Österreich in Rankings wie dem European Innovation Scoreboard hinter den sogenannten „Innovation Leaders“ zurück. Entscheidende Punkte seien im Innovationssystem nur mangelhaft ausgeprägt. „Die Forschungsquote ist ein globales Maß, in das viele verschiedene Zahlen einfließen. Sie verdeckt daher auch zahlreiche Einzelprobleme“, so Keuschnigg. Aus systemischer Sicht bestimme aber das schwächste Glied die Leistungsfähigkeit der Gesamtkette.

Schwachstelle Grundlagenforschung

Ein Beispiel für einen solche Schwäche sei, dass im internationalen Vergleich in Österreich viel zu wenig Geld für Grundlagenforschung ausgegeben werde. Denn wenn man die Zusammensetzung der F&E-Investitionen näher betrachte, sticht vor allem die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen heraus, die staatlichen Ausgaben blieben demgegenüber zurück. „Die Länder, die in den Innovations-Rankings vorne sind, weisen wesentlich höhere Ausgaben auf“, weist Keuschnigg hin. Ein Beispiel dafür sei die Schweiz: Dort haben die Unis bei 153.000 Studenten 7,6 Milliarden Euro zur Verfügung, in Österreich sind es bei 278.000 Studierenden 3,2 Milliarden Euro. Hierzulande stehen dem FWF 275 Millionen Euro zur Förderung von Grundlagenforschungs-

projekten zur Verfügung, dem vergleichbaren Schweizer SNF rund eine Milliarde.

Freilich – in der Politik sind die Horizonte selten weiter gefasst als bis zur nächsten Wahl, während die Investition in Grundlagenforschung langfristig wirke, das weiß auch Keuschnigg. „In der Politik gibt es einige strukturelle Schwierigkeiten. Umso wichtiger ist es, Argumente zu liefern.“ Und die wären reichlich vorhanden: Zehn Prozent mehr Geld für die Grundlagenforschung ziehen sieben Prozent mehr an privaten Innovationen nach sich. Und F&E-intensive Branchenwachen wachsen wesentlich rascher als der Durchschnitt produzierender Unternehmen und erweisen sich zudem als krisenfest – in der Wirtschaftskrise 2009 brachen Spitzentechnologie-Sparten viel weniger ein als der Rest. „Forschung und Entwicklung bringen Unternehmen einen Qualitätsvorsprung. Die, die hinten bleiben, scheiden aus dem Markt aus.“





Schwachstelle
Risikokapital

Eine andere gravierende Schwäche ortet Keuschnigg im Bereich der Risikokapital-Finanzierung – und sieht diese als Teil eines weitreichenden Problems, das gemeinsam betrachtet werden muss. „Die Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt stimmen nicht. Da gibt es in Österreich wirklich ein Defizit.“ Das führe dazu, dass das Investitionsvolumen insgesamt viel zu gering sei: an der Börse, bei Beteiligungsgesellschaften. „Ist das Volumen am Kapitalmarkt größer, kann mehr diversifiziert werden und es bleibt auch mehr für risikoreiche Finanzierungen über“, so Keuschnigg. Zur Stärkung dieses Sektors schlägt er daher ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor (siehe Interview).

Wichtig ist für den Ökonomen auch ein funktionierendes Patentrecht, das dem Erfinder auch einen entsprechenden Vorteil verschaffe. Am Beispiel Norwegens könne man gut sehen, was andernfalls passiert: Als man dort das „Professorenprivileg“ 2003 abschaffte, die Einnahmen aus Patenten also den Universitäten übertrug, ging die Zahl der universitären Neugründungen um 56 Prozent zurück, die Anzahl der von Forschern angemeldeten Patente um 48 Prozent. Man könne aber auch das Patentwesen übertreiben, merkte Keuschnigg an, als er von einem Fragesteller nach der Innovationsfreundlichkeit einer „Open Source“-Kultur gefragt wurde: Ein bevorzugter Marktzugang dürfe nicht so lange gewährt werden, dass andere Teilnehmer vom Marktzugang völlig ausgeschlossen werden. ■

CR: Die Forschungsquote ist in Österreich mit rund 3,2 Prozent des BIP eine der höchsten in Europa. Welche Schwachstellen sehen sie dennoch im Innovationssystem?

Es gäbe eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, aber am wichtigsten wären zwei davon: Erstens hat der Staat ein Investitionsdefizit. Die Industrie gibt viel für F&E-Agenden aus. Es ist aber Aufgabe der öffentlichen Hand, die Grundlagenforschung zu finanzieren und für eine gute Ausbildung an den Universitäten zu sorgen. Und zweitens ist das am Kapitalmarkt verfügbare Risikokapital zu gering.

CR: Wenn die öffentliche Hand mehr Geld für Grundlagenforschung ausgeben soll, müssen andere Ausgaben gekürzt oder Einnahmen erhöht werden. Wofür würden Sie da plädieren?

Die Steuerbelastung ist ohnehin schon hoch. Aber Sozialausgaben könnten zielgerichteter verwendet werden. Es werden viele Ausgaben für Gruppen verschwendet, die das eigentlich nicht brauchen, da ist viel Klientelpolitik im Spiel. Dieses Geld sollte besser für wirklich

„Die Forschungsquote verdeckt zahlreiche Einzelprobleme.“

Christian Keuschnigg plädiert für eine risikofreudigere Gründungskultur.

„Wissenschaftspolitik ist eine Sache der Kommunikation“

sozial Bedürftige reserviert werden. Hier gibt es aber noch einen tieferen Zusammenhang: Entweder man läuft mit Sozialpolitik den Problemen hinterher oder man bringt die Wirtschaft dazu, dass die Probleme erst gar nicht entstehen. Eine hohe Beschäftigungsquote ist der wichtigste Indikator für eine leistungsfähige Wirtschaft und Innovation ist die Maßnahme schlechthin, mit der man Vollbeschäftigung erreichen kann.

CR: Politiker führen das Bekenntnis zur Wissenschaft ja gerne im Mund, aber kann man mit einer substanziellen Erhöhung des Forschungsetats bei Kürzung von Sozialausgaben Wahlen gewinnen?

Das ist auch eine Sache der Kommunikation. Es gibt Staaten, wo man das den Leuten erklärt. In der Schweiz etwa ist die ETH Zürich fast ein Heiligtum. Die Wissenschaft tut ja auch selbst viel, um einer

breiten Öffentlichkeit zu erklären, was sie macht und dass das die Grundlage dafür gute Ausbildung und Jobs ist. Die Menschen verstehen, dass auf diese Weise in ihre eigene Altersvorsorge investieren.

CR: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Verfügbarkeit von Risikokapital zu verbessern?

Wir haben dazu ein Konzept ausgearbeitet, dass mehrere Punkte vorsieht: Zum einen ist wichtig, steuerliche Anreize zu setzen. Das gilt nicht nur für Wagniskapital sondern vor allem auch für Eigenkapital. Fremdkapital ist immer risikoscheuer als Eigenkapital. Ebenso bedeutsam scheint mir, dass Insolvenzrecht so zu gestalten, dass ein gescheiterter Gründer nicht stigmatisiert wird. Insolvenzen sind eine unvermeidbare Begleiterscheinung von risikoreichem Handeln, das sollte man nicht bestrafen. ■